

Transatlantische Beziehungen und europäische Sicherheit vor neuen Herausforderungen

Aus ostmitteleuropäischen Fachzeitschriften, 2. Halbjahr 2002

Kai-Olaf Lang

Die Beiträge, die in ostmitteleuropäischen Fachzeitschriften im vergangenen Halbjahr erschienen, zeigen zweierlei. Erstens weiß man in der Region vor allem, was man nicht will. Und zweitens werden die Stimmen immer lauter, denen zufolge die Länder der Region den europäischen Partnern gegenüber ihre Vorstellungen über die künftige sicherheitspolitische Entwicklung Europas und die Ausgestaltung der transatlantischen Beziehungen klarer zum Ausdruck bringen sollen.

Der Prager NATO-Gipfel steigerte die Aufmerksamkeit für das Beziehungsdreieck NATO, Amerika, Europa zusätzlich. Tschechische und slowakische Periodika gaben aus diesem Anlaß Schwerpunktheft heraus.

Mitteleuropas Rolle in der NATO

In der Prager Zeitschrift *Střední Evropa* (Mitteleuropa) etwa reflektiert **Tomáš Klvaňa**, Dozent an der Prager Dependence der New York University und stellvertretender Chefredakteur der Tageszeitung *Hospodářské noviny*, über die weitere Entwicklung der NATO. Der Prager Gipfel allein, so Klvaňa, kann nicht festlegen, wie der Wandel von Natur und Funktionsweise des immer vielschichtigeren Bündnisses in

Zukunft aussehen wird. Entscheidend wird sein, wie sich die Dynamik des Antiterrorkampfes auswirkt und welche Antworten und Lösungen die in der Allianz maßgeblichen Akteure offerieren. Hierbei werden die USA tonangebend sein, während der Einfluß der Europäer gering und die Gestaltungskraft der neuen und der künftigen Mitglieder noch begrenzter sein werden.

Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang der grundlegende Wandel in der amerikanischen Einschätzung der Allianz, die nun als »zwar nützliche, nichtsdestoweniger aber zweitrangige Organisation« angesehen wird. Der alte Kontinent seinerseits rückt zusehends von der alten Ismay-Devise ab: Anstatt die Amerikaner drinnen, die Russen draußen und die Deutschen unten zu halten, möchten viele Europäer Amerika unten halten.

Wie wird vor diesem Hintergrund die künftige, um sieben Länder erweiterte NATO aussehen? Für die USA wird sie vor allem ein »politisch stabilisierendes Element im Kampf gegen den Terrorismus« sein. Dieser politische Aspekt gilt insbesondere hinsichtlich der neuen Verbündeten, deren militärische Fähigkeiten begrenzt sind und mit denen sich Interoperabilität nur auf kleinstem gemeinsamem Nenner herstellen läßt. Die NATO könnte angesichts dessen wie eine Holding funktionieren. Die europäischen Staaten und Kanada werden aus der »zweiten Reihe« der NATO Fähigkeiten und Fertigkeiten beisteuern, die Amerikas Potential ergänzen. Die Europäer müssen sich damit abfinden, daß die USA in den entscheidenden Phasen des Feldzugs gegen den Terrorismus Taktik und Kampfformen bestimmen, daß sie bei manchen Missionen lediglich mit den Briten, eventuell mit Franzosen und Deutschen zusammenarbeiten werden. Die Staaten aus der »zweiten Reihe« werden sich auf Spezialaktivitäten konzentrieren, etwa »Aufräumfähigkeiten«, Friedenseinsätze oder die Unterstützung von »nation-building«.

In einer solchen, stärker »gegliederten« Allianz von Staaten mit ungleichen Aufgaben werden jedoch Differenzen entstehen, die den »guten Willen der euro-atlantischen Gemeinschaft auf die Probe stellen«. Klvaňa prognostiziert Spannungen vor allem hinsichtlich des Einsatzes von Einheiten mit unterschiedlichen Fähigkeiten. Die Europäer werden darauf drängen, daß Amerika sich nicht allein nach seinem Gusto Spezialeinheiten auswählen kann. Folglich werden sie konsequent für kollektive Entscheidungsmechanismen votieren.

Derartige Meinungsverschiedenheiten, abweichende Risikoperzeptionen und Amerikas Stärke werden »Gegenkräfte« hervorrufen, die die Vereinigten Staaten in multilaterale »Spinnennetze« einbeziehen wollen. Ein mit vielen Risiken behaftetes Ansinnen: Empfindet Washington Druck, wird die Tendenz zu eigenmächtigem Handeln noch verstärkt. Deswegen sollte einer »nachsichtigen Großmacht« USA eine

»gewisse Handlungsfreiheit gelassen werden«. Dies muß auch für die NATO gelten. Zusammen mit den in das amerikanisch-europäische Verhältnis immer stärker hineinspielenden kulturell-zivilisatorischen Unterschieden, kann nicht ausgeschlossen werden, daß sich die europäischen Partner und Amerika in der NATO auseinander bewegen und damit diesen geostrategischen Bund gefährden.

Die Festigung der nordatlantischen Gemeinschaft ist daher laut Klvaňa für die neuen NATO-Mitglieder aus Mittel- und Osteuropa die erste strategische Aufgabe. Aus eigener Erfahrung kennen diese Länder die »positive Wirkung, die von der militärischen Stärke und der moralischen Haltung der USA in Fragen der Außenpolitik« ausgeht. »Sie danken Amerika nicht nur für die wiedererlangte Freiheit nach dem Ende des Kalten Krieges, sondern auch für ihre Entscheidung, durch Erweiterung der NATO die Stabilität und Prosperität in Europa zu erhöhen. Sie können ihre westeuropäischen Partner von Zeit zu Zeit daran erinnern, daß deren latenter Antiamerikanismus töricht und strategisch schädlich ist.«

Zweitrangige NATO?

In derselben Ausgabe von *Střední Evropa* sinniert auch Klvaňas Landsmann **Roman Joch** über die Zukunft der NATO und über die Haltung, welche die Tschechische Republik und andere mitteleuropäische Länder in der Allianz einnehmen sollten. Jochs Einschätzung zufolge steht die NATO an der »Schwelle zur Zweitrangigkeit«. Inwieweit Amerika dem Bündnis weiterhin Bedeutung zumißt, wird davon abhängen, ob es neben Großbritannien und der Türkei weitere Alliierte findet. Das Potential hierfür besitzen die Länder aus dem östlichen Mitteleuropa, die jedoch bisher (Herbst 2002) »blindlings, ja fast gedankenlos der außenpolitischen Linie Westeuropas« gefolgt sind. Konsequenz: In der NATO existierten bislang nur zwei Orientierungen, eine amerikanische und eine europäi-

sche. Aus Sicht der Tschechischen Republik und der anderen Länder Ostmitteleuropas ist aber eine andere Konstellation wünschenswert. Zu einer amerikanischen und einer westeuropäischen Ausrichtung sollte eine mitteleuropäische hinzutreten, die »genau zwischen« den beiden anderen Positionen liegt.

Was heißt dies konkret für die tschechische Außenpolitik, wie soll sie sich in Europa verorten? Der europafreundliche liberal-konservative Joch grenzt sich in seiner Argumentation sichtlich von den euroskeptischen und angelsächsischen Hardlinern unter den tschechischen Neokonservativen ab: Die Tschechische Republik muß zum einen so rasch wie möglich der EU beitreten und in dieser eine möglichst aktive Rolle spielen. Einen gewissen Einfluß auf das Geschehen in Europa kann das Land lediglich innerhalb der Union ausüben. »In unserem Interesse ist es, dort zu sein, wo man über uns entscheidet, und uns vom Entscheidungszentrum nicht zu isolieren.« Zum anderen muß sich die tschechische Haltung zu grundlegenden Fragen der internationalen und globalen Politik schrittweise der amerikanischen annähern. Denn die »westeuropäische Problemanalyse« trifft zwar hinsichtlich der innereuropäischen Situation zu, doch erfaßt die amerikanische Analyse das Verhältnis der westlichen Gemeinschaft gegenüber der Welt besser.

Während Klvaňa für eine enge Anlehnung an die USA plädiert und Joch eine Art europäisch verankerten Pro-Amerikanismus anstrebt, kritisiert in der katholischen Wochenzeitung *Tygodnik Powszechny* **Roman Kuźniar**, Professor für strategische Studien und internationale Politik an der Universität Warschau (und Leiter des Planungsstabs im Außenministerium), eine in Polen »ausgeprägte Tendenz, sich blitzschnell den Positionen anzuschließen, die von der Führungsmacht in der Allianz eingenommen werden«. Über die für die Zukunft der NATO zentralen Problemkomplexe, wie Raketenabwehr, globale Funktionen des Bündnisses oder die Irakfrage, wird in Polens strategi-

scher Community seiner Ansicht nach zu wenig diskutiert. Kuźniar bemängelt, daß sich Polen diesbezüglich deutlich von anderen europäischen Ländern abhebt. Es geht ihm nicht darum, daß sich Polen von Amerika unterscheiden sollte oder in Streit mit den Amerikanern geraten müßte, doch »wenn wir sie unterstützen, so sollte dies auf der Basis unserer Analyse und unseres Kalküls und nach interner Diskussion geschehen«.

Wie sollte sich Polen verhalten? Polen muß in erster Linie ein »glaubwürdiges« Mitglied der NATO werden. Eine so verstandene »Glaubwürdigkeit« hängt vor allem davon ab, wie stark sich Polen als selbständiges Subjekt (*podmiotowość*) profiliert, was »die Fähigkeit und den Mut erfordert, die eigene Meinung zu sagen – selbst wenn diese von der Position der wichtigsten Mächte in der Allianz abweicht«. Kuźniars Empfehlung an die polnischen Strategen und Analytiker lautet daher: »Wage zu denken!« Und was die Beziehungen zu Amerika angeht, rät er der polnischen Politik, sich an eine unlängst von Zbigniew Brzeziński formulierte Devise zu halten: »Polen sollte sich nicht darauf beschränken, die Vereinigten Staaten in allem zu unterstützen. Es sollte ein ernsthafter und unabhängiger Staat sein, der eine eigene geostrategische Perspektive besitzt. Polen steht nicht vor der Alternative »Europa oder Amerika«. Europa und Amerika sollten Partner sein, die im Gleichgewicht bleiben sollten.«

Wie kann die Handlungsfähigkeit der NATO gesichert werden? Wo liegen die größten Risiken für den Zusammenhalt des Bündnisses? **Jeffrey Simon** sieht in einem in der *Lithuanian Foreign Policy Review* abgedruckten Beitrag im wesentlichen zwei große Problemfelder: »Post-September 11 Challenges« und »Post-Enlargement Challenges«. Die erste große Herausforderung bezieht er auf militärische Fähigkeiten. Im Rahmen einer Initiative zur Bündelung der NATO-Fähigkeiten (die bekanntlich in Prag lanciert wurde, K.-O. L.) sollten die europäischen Verbündeten eine mit

High-Tech-Fähigkeiten ausgestattete und für Expeditionsmissionen vorgesehene »spearhead strike force« schaffen. Damit könnten sie »Nischeneinheiten« bereitstellen, die mit US-Truppen interoperabel wären. Durch die Gründung eines integrierten Antiterror-Kommandos ließen sich militärische, geheimdienstliche, finanzielle und polizeiliche Expertise für Operationen zur Terrorabwehr koordinieren. Insgesamt könnte auf diese Art und Weise ein »konstruktiveres Burden-sharing-Arrangement für die NATO nach dem 11. September« entstehen. Die zweite Herausforderung im Zusammenhang mit dem Terrorismus resultiert aus unterschiedlichen Risikoeinschätzungen. Sollten sie sich verfestigen, wird nach Simons Ansicht die Rolle der NATO unklar, selbst wenn europäische Verteidigungsfähigkeiten entwickelt werden.

Der andere zentrale Bereich ist die NATO-Erweiterung. Insbesondere Probleme wie die wachsende Belastung für ihre politischen Institutionen sowie enorme Diskrepanzen bei militärischen Fähigkeiten und das Risiko politischer Inkohärenz dürfen in Anbetracht einer »robusten« Erweiterung um sieben Staaten nicht unterschätzt werden. Simon präsentiert drei Vorschläge, um Blockaden und Strukturverlusten entgegenzutreten.

- ▶ Da die NATO bei der nächsten Erweiterungsrunde sechs kleine Staaten aufnimmt, verschiebt sich die Balance im Nordatlantikrat substantiell. Deswegen sollten im NAC entweder gewichtete Stimmen oder die Regel »Konsens minus eins« oder eine qualifizierte Mehrheit (60% plus) eingeführt werden.
- ▶ Bei der 1997 in Madrid beschlossenen ersten Erweiterung war die Zeitspanne zwischen Einladung und Mitgliedschaft zu kurz. Werden die sieben Kandidaten abermals verhältnismäßig rasch aufgenommen, können sie ihren militärischen und sonstigen Verpflichtungen nicht nachkommen und werden zu einer Last für die NATO. »Daher muß der Zeitraum

für die Post-Prag-Erweiterung ausgedehnt werden!«

- ▶ Um sicherzustellen, daß die NATO-Aspiranten aufnahmefähig und in Zukunft nicht bloße »Konsumenten« sein werden, sollten »Kernanforderungen« festgelegt werden, die noch vor dem Beitritt erfüllt sein müssen. Läßt sich ein solcher, an Auflagen geknüpfter Erweiterungsprozeß aus politischen Gründen nicht durchsetzen, sollte die NATO – ähnlich wie die EU – ein Sanktionsinstrumentarium entwickeln.

Gelingt es der NATO nicht, die künftigen Mitglieder auf die politischen und militärischen Mindestanforderungen zu verpflichten bzw. die hierfür notwendigen Strukturänderungen vorzunehmen, wird die positive Rolle der NATO bei der Stärkung von Reformprozessen unterminiert, sie selbst als Organisation marginalisiert.

Jiří Šedivý setzt in der Zeitschrift *Mezinárodní politika* die Akzente anders. Der Direktor des Prager Instituts für Internationale Beziehungen vertritt die Auffassung, daß die NATO eine »vielschichtige Erweiterung« durchläuft, sich also nicht nur um Staaten, sondern auch um neue Funktionen und Fähigkeiten sowie in ihrer territorialen Reichweite erweitert. Unumgängliche Konsequenz für die Allianz ist eine »weitere Verwässerung ihrer Kohäsion«. Bereits jetzt ist die NATO in politischer, qualitativ-militärischer und territorialer Hinsicht heterogen. Infolge des Prager Gipfels wird die Heterogenität vor allem durch die Aufnahme einer uneinheitlichen Gruppe neuer Mitglieder zunehmen. Šedivý sieht in der Idee der Spezialisierung und den damit einhergehenden gegenseitigen Abhängigkeiten eine Teillösung für die Kohäsionsproblematik. Auf die erweiterungsbedingten Management- und Steuerungsprobleme muß die NATO hingegen mit der »Einführung eines Prinzips der Flexibilität oder der verstärkten Mitgliedschaft« reagieren. Die grundlegenden politischen und strategischen Entscheidungen würden in einem solchen Modell weiter mit dem Konsens aller Mitgliedstaaten getroffen. Konkrete

Operationen (jenseits Art. 5) jedoch würden von freiwilligen Ad-hoc-Koalitionen ausgeführt.

Šedivýs Resümee lautet: »Vergessen wir die alte NATO!« Sentimentalität gegenüber der alten, homogenen, organisatorisch wie funktional relativ einfach strukturierten Allianz ist nicht angebracht. Der Grund, warum die NATO auch nach dem Ende des Kalten Krieges funktioniert, liegt in ihrer Fähigkeit, sich an das wandelnde strategische Umfeld anzupassen.

Sicherheit im Dreieck NATO, Rußland, Europa

Bei der Debatte über das neue Gesicht der NATO und die Zukunft der Sicherheit in Europa wird in Ostmitteleuropa dem Faktor Rußland besonderes Interesse geschenkt. Die Zeitschrift *Polska w Europie* (Polen in Europa) gibt eine **Diskussion** der gleichnamigen Stiftung wieder, an der unter der Überschrift »Die Sicherheit Europas und die ›neue‹ NATO« führende polnische Sicherheitsexperten und -politiker teilnahmen.

Bronisław Komorowski, in den Jahren 2000/2001 polnischer Verteidigungsminister, geht auf die seiner Auffassung nach in Polen weit verbreitete Haltung ein, derzufolge die russisch-amerikanische Partnerschaft die Hauptbedrohung für die NATO darstellt: In Wirklichkeit ist gegenwärtig eine langsame Reorientierung zu beobachten. Rußland gliedert sich in einen Prozeß ein, an dessen Ende es Amerikas Führung und Überlegenheit in der Welt anerkennen wird. Rußlands Möglichkeiten, Einfluß auf die Weltpolitik auszuüben, werden sich weiter reduzieren.

Für die weitere Entwicklung der NATO wird, so Komorowski, entscheidend sein, »was die NATO (und im Rahmen der NATO Polen) in Zukunft für die Vereinigten Staaten darstellen wird«. Durch die Verständigung mit Rußland neutralisierten die USA das Kalkül der Europäer, die mit einem Abkommen Europa–Rußland ein Gegengewicht zur globalen Position der USA

schaffen wollten. Europas Rechnung ging aus zwei Gründen nicht auf: Erstens entschied sich Rußland für die USA und nicht für Europa. Und zweitens überschätzten die Europäer ihre Möglichkeiten.

Auch der Politikwissenschaftler **Grzegorz Kostrzewa-Zorbas** sieht in der Liaison zwischen Amerika und Rußland keine Gefahr für die NATO. Rußland erhielt keinen nennenswerten Einfluß auf die Funktionsweise des Bündnisses. Ganz im Gegenteil: Der Westen erhielt Einfluß auf Rußland. Dieser »Vektor« zeigt also nicht in die Richtung, von der die Mehrheit der polnischen Medien und der Weltöffentlichkeit ausgeht. Die Situation, die seit »Rom« eingetreten ist, bezeichnet Kostrzewa-Zorbas als »›alte‹ NATO mit einem intakten Artikel 5, die Rußland kooptierte und ihm einen unvollständigen, in gewisser Weise untergeordneten Status zugewiesen hat. Rußland hat bei keinerlei Entscheidungen ein Vetorecht, Angelegenheiten in Verbindung mit Artikel 5 sowie mit der Erweiterung des Bündnisses gehören nicht zu den gemeinsamen Kompetenzen vom Rußland und der NATO.«

Skeptischer als Komorowski und Kostrzewa-Zorbas sehen einige tschechische Beobachter Amerikas Freundschaft mit Rußland. **Jiří Pehe** und **Milada Anna Vachudová** blicken in der in Prag erscheinenden Zeitschrift *The New Presence* auf das russisch-amerikanische Rapprochement im Kontext einer wachsenden Wertedivergenz in der internationalen Arena. Sollte sich diese vertiefen, werden die Vereinigten Staaten die auf gemeinsamen Werten fußende transatlantische Kooperation zurückstufen und sich dem Konzept der strategischen Partnerschaften zuwenden. Rußland ist das jüngste Beispiel hierfür. Während es technisch ein Partner der NATO und somit auch deren europäischer Partner ist, kommt in dem neuen Arrangement de facto eine Intensivierung der »strategischen Union« zwischen Rußland und den USA zum Ausdruck. Sollte eine solche Allianz das Bündnis zwischen Europa und Amerika »überschatten oder sogar ersetzen«, hieße

dies, daß die USA die strategische Kooperation mit Partnern in den Vordergrund stellen, die zwar transatlantische Werte nicht in vollem Maße anerkennen, aber die außenpolitischen Handlungsmöglichkeiten durch militärische Stärke unterstützen können. Eine echte Gefahr für die euroatlantischen Beziehungen kommt daher nicht von der europäischen Seite, sondern von einem Amerika, das Europa nicht ebenso braucht wie Europa Amerika.

Mit Sorge fragen sich Pehe und Vachudová, wie es mit der NATO weitergehen soll. Amerikas Priorität für die Beziehungen zu Rußland könnte das Ende der NATO signalisieren, denn es läßt sich nicht ausschließen, daß die Allianz zu einem bloßen »Konsultationsorgan für die Zusammenarbeit zwischen den USA und Rußland« mutiert. Derzeit ist Rußland ein permanenter Gast der NATO, doch im Laufe der Zeit könnte Europa eine Gastrolle bei der sich vertiefenden Partnerschaft zwischen den USA und Rußland spielen. Kann diese Entwicklung noch abgewendet werden? Der einzige Ausweg besteht darin, Europas Identität und Verteidigungssystem zu stärken. Die Pläne zur Schaffung einer eigenen Verteidigung höhlen die transatlantische Kooperation keineswegs aus. Im Gegenteil, nur ein sicherheitspolitisch profiliertes Europa wird Amerika auch in Zukunft als strategischen Partner wahrnehmen.

Noch pessimistischer schätzt **Luboš Dobrovský**, 1996–2002 Prags Botschafter in Rußland, ebenfalls in *The New Presence*, die Lage ein: In Reykjavik hat die NATO einen grundlegenden Fehler begangen. Statt den Defensivcharakter der NATO zu stärken, wurde »unverständlicherweise« Rußland eine Hintertür geöffnet. Damit wurde die Frage aufgeworfen, ob Rußland in die strategische Entscheidungsfindung der Allianz eingebunden werden darf, eine Frage, die auch nach dem Prager Gipfel relevant bleibt und eine große Schwachstelle des Bündnisses darstellt. Gegenwärtig erfolgt die Transformation der NATO in ein Sicherheitssystem – ein, so Dobrovský, »gefährlicher Prozeß« der Konvergenz von

Allianz und Rußland. Die Tschechische Republik muß deswegen ihre sicherheitspolitischen Vorstellungen anpassen, etwa ihre Pläne für den Aufbau einer kleinen Berufsarmee statt einer großen Verteidigungsstreitmacht überdenken.

Die neuen und die künftigen NATO-Mitglieder sollten deswegen eine gemeinsame Politik in der NATO formulieren. In der Allianz, der sie angehören wollen, darf weder heute noch in Zukunft die Gefahr bestehen, daß ihre politische oder wirtschaftliche Unabhängigkeit durch den Einfluß Rußlands als Großmacht geschwächt wird. Wollen Länder wie die Tschechische Republik ihre Interessen wahren, so darf die NATO auf keinen Fall »weiter desintegriert werden«.

Neudefinition der transatlantischen Beziehungen?

Umgestaltung und »Erweiterungen« des Bündnisses, die Entstehung einer »neuen NATO« führen zu zusätzlichen Unklarheiten in den transatlantischen Beziehungen. Wie können die Relationen zwischen Amerika und Europa neu austariert werden? Wie kann ein stabiles Fundament für einen robusten Atlantizismus gelegt werden?

Ivo Samson von der Slowakischen Gesellschaft für Auswärtige Politik (SPPA) weist in der Zeitschrift *Listy SPPA* auf eine dreifache Komplizierung der transatlantischen Beziehungen nach dem Afghanistan-Konflikt und im Vorfeld einer möglichen Intervention im Irak hin.

- ▶ Die NATO ist für die Verbündeten auf beiden Seiten des Atlantiks keine exklusive Plattform mehr zur Lösung sicherheitspolitischer Probleme.
- ▶ Amerikas »Revolution in Military Affairs« führt dazu, daß die NATO immer weniger in der Lage sein wird, gemeinsame militärische Operationen mit den USA gleichberechtigt auszuführen.
- ▶ Die USA und Europa haben keine gemeinsame Vision, wie die bedrohlichsten

Sicherheitsrisiken eliminiert werden sollen.

Europas Rolle im transatlantischen Bund kann, so Samson, nicht auf militärisch-technologischem Gebiet liegen. Europa muß sich politisch profilieren. Wie? »Der alte Kontinent sollte allzu waghalsige Schritte Amerikas ausbalancieren und deren Stoßrichtung ändern.« Europa glaubt nicht an risikolose Kriege und möchte ob seiner militärischen Schwäche nicht in kriegsrische Auseinandersetzungen hineingezogen werden, in denen keine internationalen Regeln gelten. Europa bevorzugt daher eine »Kombination aus kalkulierte Risiko und der Respektierung internationaler Normen«. Sollte es ihm nicht gelingen, das verletzte Selbstbewußtsein der USA und den amerikanischen Hang zu radikalem Vorgehen im Antiterrorkampf zu »zähmen«, werden die transatlantischen Beziehungen vor einer schicksalhaften Alternative stehen: »Entweder setzt sich Amerikas ›Arroganz der Macht‹ (J. W. Fullbright) durch oder Europas ›Arroganz der Impotenz‹ (H. Bull).« In beiden Fällen droht Konfrontation, ja sogar das Ende des engen euro-amerikanischen Bündnisses.

Friktionen zwischen Europa und Amerika resultieren einerseits aus »harten«, materiellen Differenzen. Parallel hierzu bestehen aber auch »weiche«, gleichsam ideelle Unterschiede. Diese analysiert Jiří Šedivý in einem Text für die Prager Zeitschrift *Mezinárodní vztahy* (Internationale Beziehungen). Šedivý möchte über die häufig im Vordergrund stehende Betrachtung von Machtasymmetrien als Quelle für transatlantische Spannungen hinausgehen und konzentriert sich deswegen auf die unterschiedlichen Identitäten der beiden Partner, auf die abweichenden »kulturellen Rahmenbedingungen und ideologischen Kontexte, aufgrund welcher von den Akteuren die Welt, ihre Position und Rolle in dieser interpretiert werden, ihren Handlungen Sinn gegeben wird«.

Die atlantische Gemeinschaft wurzelt nach Šedivý in einem Gefüge gemeinsamer Werte. Doch die Identitäten Amerikas und

Europas konstituierten und reproduzieren sich in verschiedenen historischen Kontexten und Erfahrungen. Europas Identität ist postmodern und postsouverän. Es will sein »postmodernes Machtmanagement und die Prinzipien multilateraler institutioneller Regelungen in die internationale Politik exportieren«. Amerika dagegen ist ein klar konturierter souveräner Staat der Moderne, der seine Identität durch Abgrenzung gegenüber einem äußeren Feind bildet.

Amerika und Europa reagieren auf äußere Impulse aufgrund unterschiedlicher »interpretativer Dispositionen«. Hierdurch können praktisch-politische Reibungen entstehen. Die USA verhalten sich entsprechend und lassen sich von politischem Realismus leiten. Sie neigen dazu, internationale Politik als Nullsummenspiel zu begreifen, die Nützlichkeit internationaler Organisationen an den nationalen Interessen zu messen. Nach dem 11. September militarisierte sich das amerikanische Sicherheitsverständnis noch weiter, Europas Reaktion blieb weitgehend zivil.

Läßt sich die Krise überwinden und eine grundsätzliche Spaltung, etwa ein Auseinanderfallen der NATO, abwenden? Šedivý sieht vier mögliche Auswege.

- ▶ *Ein neuer gemeinsamer Gegner*: Diese Variante ist äußerst unwahrscheinlich, denn für die nächsten Jahrzehnte wird sich kein neuer, mächtiger Feind der euroatlantischen Gemeinschaft erheben. Islamistischer Fundamentalismus und Terrorismus haben sich nicht als homogenisierende Faktoren erwiesen.
- ▶ *»Postmodernisierung« der USA*: Auch dieser Weg ist wenig wahrscheinlich. Die USA würden von der dominanten Entwicklungslinie ihrer Identität abrücken, sie sogar negieren. Solange im internationalen System aggressive undemokratische und autoritäre Staaten existieren, wäre ein solcher Schritt selbstmörderisch.
- ▶ *»Modernisierung« Europas*: Auch dieses Szenario wird kaum eintreten. Trotz einer zu erwartenden weiteren Vertiefung der europäischen Integration wird Europa ein »Akteur sui generis, eine

postsouveräne Gemeinschaft« bleiben. Europas Identität beruht gerade auf der Koexistenz einer Vielzahl von Identitäten, von denen sich keine als übergeordnet empfindet. Die Europäer werden aus diesem Grunde die »Demarkationslinie zwischen pluralistischer Integration und dem Aufbau einer europäischen Nation oder eines Staates nicht überschreiten«.

- Somit bleibt nur die vierte Möglichkeit übrig: *Europa als homogener internationaler Akteur*. Um eigene Identität zu kreieren, benötigt Europa Anerkennung von außen. Der beste Weg, sie zu erhalten, besteht darin, die Fähigkeit zu internationalem Handeln zu demonstrieren. In diesem Kontext sollte auch die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) interpretiert werden. Die Europäische Union sollte sich als internationaler Akteur konstituieren – unter Beibehaltung des pluralistischen, also nicht supranationalen Charakters ihrer Außen- und Sicherheitspolitik.

Šedivý verweist darauf, daß der ideologische Hintergrund und die Traditionen der amerikanischen Politik breiter angelegt sind, als der von ihm präsentierte Kontext aufzeigen mag, daß die amerikanischen Eliten auch noch auf andere »interpretative Dispositionen« rekurrieren können als auf den »puritanischen Fundamentalismus eines manichäischen Kampfes des Guten gegen das Böse«. Tatsache ist aber, daß seit den letzten Präsidentschaftswahlen das »interpretative Repertoire« von George W. Bush und seinen Freunden maßgeblich ist. Mit dessen Hilfe kommunizieren sie erfolgreich mit der amerikanischen Öffentlichkeit und unter großen Schwierigkeiten mit der internationalen Öffentlichkeit.

Vorgestellte Veröffentlichungen

Dobrovský, Luboš, The Trouble with NATO, in: The New Presence, 4 (Herbst 2002), 3, S. 12–13

Joch, Roman, Pražský summit: NATO na prahu druhořadosti [Der Prager Gipfel:

Die NATO an der Schwelle zur Zweitrangigkeit], in: Střední Evropa – revue pro středoevropskou kulturu a politiku. Sondernummer »Pražský summit NATO«, 18 (November 2002) 113, S. 111–118

Klvaňa, Tomáš, Nato jako holdingová společnost [Die NATO als eine Holding-Gemeinschaft], in: Střední Evropa – revue pro středoevropskou kulturu a politiku. »Pražský summit NATO«, 18 (November 2002) 113, S. 129–139

Kuźniar, Roman, Odważ się myśleć, polski strategu! [Wage zu denken, polnischer Strategel], in: Tygodnik Powszechny, 46 (17.11.2002)

Pehe, Jiří/Vachudová, Milada Anna, Two Halves Don't Make a Whole, in: The New Presence, 4 (2002), 3, S. 8–10

Samson, Ivo, Nové NATO – nové transatlantické vzťahy [Neue NATO – neue transatlantische Beziehungen], in: Listy SFPa, 6 (September/Október 2002), www.sfpa.sk

Simon, Jeffrey, NATO at a Crossroad: Can It Cope with Post-September 11 and Enlargement Challenges?, in: Lithuanian Foreign Policy Review, 1 (2002) 9, S.40–49

Šedivý, Jiří, Rozšiřování NATO nejen o nové členy [Erweiterung der NATO nicht nur um neue Mitglieder], in: Mezinárodní politika, 26 (Oktober 2002) 10, S. 6–8

Šedivý, Jiří, Střet identit? USA a Evropa po 11. Září, Mezinárodní vztahy [Aufeinanderprallen der Identitäten? Die USA und Europa nach dem 11. September], in: Mezinárodní vztahy, 37 (2002) 4, S. 5–25.

Bezpieczeństwo Europy a »nowe« NATO, Wypowiedzi panelistów na konwersatorium Fundacji »Polska w Europie« w dniu 6 czerwca 2002 r. [Europas Sicherheit und die »neue« NATO. Statements der Panel-Teilnehmer auf einem Konversatorium der Stiftung »Polen in Europa« am 6. Juni 2002], in: Polska w Europie, (September 2002) 3(41), <http://217.197.164.162/cgi-bin/pxx/sas.cgi?nr.poz=4103&f=QUERY>

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2003
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org